

2615/AB XXIII. GP

Eingelangt am 05.02.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0249-III/4a/2007

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 1. Februar 2008

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2625/J-NR/2007 betreffend „Zukunft der österreichischen Kunst- und Kulturpolitik“, die die Abg. Dr. Gertrude Brinek, Kolleginnen und Kollegen am 6. Dezember 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Da ich die Entwicklung von Kunst und Kultur grundsätzlich als treibende Kraft jeder gesellschaftlichen Entwicklung ansehe, sind mir neben den Maßnahmen zur Förderung der künstlerischen Innovation ganz besonders solche zur Vermittlung und Teilhabe an derselben vorrangige Anliegen. Punktuell seien daher folgende Aktivitäten als Schwerpunkte meines kunstpolitischen Gesamtkonzepts genannt:

- künstlerische Nachwuchsförderung.
- Förderung der Vielfalt.
- Kunstvermittlung und Partizipation.
- Verbindung von Kunst und Schule.

Zu Fragen 3 und 4:

Neben den erfolgreich laufenden kontinuierlichen Förderungsprogrammen konnten auf der Basis des für 2007 und 2008 vorgegebenen Doppelbudgets folgende neue Maßnahmen im Kunstbereich implementiert werden:

- Steigerung des Budgets für Filmwirtschaft und Filmförderung um 33%; Verdoppelung der Nachwuchsfilmförderung.
- Vertiefung des kontinuierlichen Dialogs mit den Kunstschaffenden.
- Verstärkte Förderung der freien Gruppen und kleiner Kulturinitiativen im Theater-, Tanz- und Musikbereich (ca. 15%).
- Evaluierung des Künstlersozialversicherungsfonds – die entsprechende Regierungsvorlage befindet sich derzeit in parlamentarischer Behandlung (RV 414 dB. XXIII. GP).
- Beauftragung einer Studie zur sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler in Österreich.
- Start des Projekts „Kunst macht Schule“ für mehr und bessere kulturelle Bildung an den Schulen; Einrichtung einer Stabstelle für Kulturvermittlung.
- Präsentation des Baukulturreports 2006 und Kenntnisnahme des Berichts im Nationalrat am 8. November 2007. In Umsetzung der Anregungen des Berichts wird die Vermittlung der Architektur in den Schulen und Pädagogischen Hochschulen intensiviert. Der Hebung der Qualität im Bereich der Schularchitektur ist besondere Bedeutung beizumessen, da die Schule immer mehr zu einem Lebensraum der Kinder wird. Der Baukulturreport wird kontinuierlich in einem Fünfjahreszyklus erscheinen, zudem wird in zweijährigen Abständen eine Publikation von Preisen erfolgen, welche als best practices im Bereich Baukultur firmieren.
- Auftragsvergabe zur Evaluierung der Galerienförderung, der internationalen Messeförderung sowie des Österreichischen Musikfonds und der Verlagsförderung.
- Vorbereitungen für das EU-Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008. Eine große Anzahl von Projekten, von denen viele den Schwerpunkt Kunst und Schule betreffen, wird im Jahr 2008 realisiert.

Soweit in der vorstehenden Auflistung keine Terminangaben gemacht wurden, werden erste Ergebnisse der Evaluierungsstudien im Sommer 2008 erwartet und auch die Studie der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler soll im Juni 2008 fertig gestellt sein. Die genannten Förderungsmaßnahmen sind Langzeitvorhaben ohne konkretes Enddatum.

Zu Fragen 5 und 6:

Alle Stipendienprogramme sind primär jungen Künstlerinnen und Künstlern gewidmet; darüber hinaus wird im Rahmen der Förderung von Kulturinitiativen ein beträchtlicher Teil der Mittel explizit für Kinder- und Jugendkulturprogramme dezidiert. Im Rahmen der Kinoinitiative wie im Bereich bildende Kunst, Architektur, Mode und Design, ebenso wie bei Musik, Tanz und Theater und auch Literatur werden primär jüngere Künstlerinnen und Künstler gefördert und Vermittlungsprogramme speziell für Kinder und Jugendliche entwickelt und umgesetzt. Es handelt sich bei den genannten Aktivitäten um Langzeitmaßnahmen, die kontinuierlich positive Ergebnisse zeitigen.

Zu Fragen 7 und 8:

Dazu verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 3 und 4.

Zu Frage 9:

Die Fördermittel für den innovativen Film im Bereich Entwicklung, Herstellung und Verwertung wurden im Jahr 2007 um 100% auf 2 Mio. Euro angehoben, womit erstmals mehr als 60 Filme gefördert werden konnten. Im Rahmen der Kinoinitiative wird auf anspruchsvolle Vermittlung besonders im Kinder- und Jugendbereich Wert gelegt. Der Medienkunstbeirat wurde um den Bereich „Videokunst“ erweitert. Es wurden auch Staatsstipendien und Preise für den Bereich Video- und Medienkunst eingeführt. Der aktuellen Tendenz sozial- bzw. gesellschaftsbezogener Kunst- und Kulturentwicklung wurde seitens der Kulturinitiativenförderung durch die Verleihung von zwei Würdigungspreisen und einem Förderungspreis für „Projekte der Kunst im sozialen Raum“ im Dezember 2007 entsprochen.

Zu Fragen 10 und 11:

Zur Stärkung der österreichischen Kreativwirtschaft wurde vorerst eine Evaluierung der Galerienförderung, der internationalen Messförderung, des Musikfonds und der Verlagsförderung durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung beauftragt; ein Expertinnen- und Expertenbeirat wird die Studie begleiten. Grundsätzlich beabsichtige ich, verstärkte Anstrengungen in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Internationalisierung der österreichischen Kreativwirtschaft zu setzen.

Die Studien werden bereits im Jahr 2008 Ergebnisse zeitigen. Die darauf hin zu setzenden Maßnahmen werden sicherlich einen längerfristigen Prozess einleiten.

Zu Frage 12:

Wenngleich die zusätzlichen Mittel – abgesehen von der Aufstockung der Filmförderung – im Doppelbudget 2007/2008 noch bescheiden waren, so bin ich doch zuversichtlich, bei den Budgetverhandlungen für die nächsten Jahre ein deutlich höheres Ergebnis zu erzielen.

Zu Fragen 13 und 14:

Im Rahmen der im Herbst 2007 begonnenen intensiven Gespräche mit den Bundesmuseen wird auch dem Thema freier Eintritt in die Bundesmuseen breiter Raum geboten. Ungeachtet der im Regierungsabkommen festgelegten grundsätzlichen Willenserklärung, die auch die Bereitschaft enthält, die erforderliche Finanzierung aus Bundesmitteln bereit zu stellen, erscheint es aufgrund der vorliegenden Informationen aus anderen europäischen Ländern (vor allem Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, aber auch in jüngster Zeit Frankreich) zielführend, hier zwischen den Beteiligten ein möglichst großes Einvernehmen über die Zielrichtung der zu beschließenden Maßnahme herzustellen, um den größtmöglichen Erfolg zu bewirken. Zu bedenken ist dabei, dass es sich nicht um eine isolierte Maßnahme handelt, sondern dass es sich auch hier um einen Teil eines Gesamtbildes kulturpolitischer Schritte handelt, deren grundsätzliche Orientierung eben in den bis etwa Ende Juni laufenden Diskussionsrunden definiert werden soll. Entsprechende Ergebnisse sind daher für Mitte des Jahres zu erwarten.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.